

Bandarbeitern mit Festvertrag in Halle 9, wird aktuell in Personalgesprächen mit Kündigung wegen Krankheit gedroht. Arbeitern mit Arbeitsvertrag bei Dekra oder Office People wurde mit derselben Begründung direkt die Kündigung zugestellt. Die IGM-Vertrauensleute und Betriebsräte der Halle 9 haben darauf den Werkleiter „besucht“ und zur Rede gestellt. Die A-Schicht der Halle 9 hat eine Protestversammlung vor der Halle durchgeführt und von dem „zufällig“ anwesenden Vorstandsmitglied Herrn Burzer gefordert die Kündigungen müssen zurückgenommen werden und alle Leiharbeiter spätestens nach 48 Monaten übernommen werden. 6 Kündigungen wurden daraufhin zurückgenommen. Das reicht nicht und es werden weitere Kündigungen folgen. Wenn wir nicht weiterhin dagegen aufstehen, werden gerade mal noch um die 120 Kollegen die Höchstverleihdauer von 48 Monaten erreichen. Mit anderen Worten, der Kampf hat gerade erst angefangen. Auch wenn die Betriebsratsspitze meint jetzt muss auch mal gut sein und die Spitze der VKL des Werkes mit all dem nichts zu tun haben will, die Jagd auf Kranke, die Kündigungswellen dürfen wir nicht hinnehmen. Wir sind eine Belegschaft! Wir lassen uns nicht spalten!

Krieg in der Welt – Krieg in den Fabriken. Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter!

Jeder weiß was Leiharbeit ist. Manche nennen sie auch; „Zeitarbeit“, „Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ)“ oder „Zwangsarbeit“. Für uns sind „Leiharbeiter“ schlicht Kollegen mit denen wir zusammen am Band oder der Anlage stehen. Es sind einfach Arbeiter mit schlechteren Verträgen.

Aber warum gab es früher kaum Leiharbeit und heute so viel? Bis zu den Hartz-Gesetzen war diese Form der Ausbeutung von Menschen gesetzlich sehr eingeschränkt. Die Hartz-Gesetze wurden direkt von den Kapitalisten, z.B. von Vorstandsmitgliedern von VW (Peter Hartz) und Daimler für die SPD-Schröder-Regierung geschrieben und beschlossen.

Alle kennen Hartz 4, aber die Kürzung von Arbeitslosengeld und der Zwang zur Arbeitsaufnahme war nur die eine Seite der Hartz-Gesetze. Sie hatten vorrangig zum Ziel unsere Rechte und unseren Zusammenhalt im Betrieb zu zerstören und dafür insbesondere die Leiharbeit im großen Stil einzuführen. Nachdem die DDR einverleibt und die ehemals volkseigenen Betriebe von den westdeutschen Monopolen geplündert und geschlossen waren, gab es dort viele Erwerbslose, die von eben diesen Monopolen in schlechte, weit entfernte Arbeitsplätze gezwungen werden sollten. Die Leiharbeit hat ihren Ursprung also in der Okkupation, noch zu sogenannten Friedenszeiten.

Heute ist sie in vielen Betrieben bestimmend und soll im Anbetracht eines dritten Weltkrieges in anderer Form auf alle Arbeiter ausgedehnt werden. Die deutschen Generäle arbeiten an einem „Operationsplan Deutschland“, der geheim bleiben wird, aber in Kurzfassung jüngst veröffentlicht wurde. Demnach sollen Arbeiter und Werkstätige in bestimmten Branchen ihren Arbeitsplatz nicht mehr frei wählen dürfen, sie sollen alle erfasst und – wenn nötig – vom Arbeitsamt den Betrieben und Behörden zugeteilt werden. Wenn nötig soll das auf alle möglichen zivilen Betriebe ausgeweitet werden. Also wie die Leiharbeiter nur staatlich organisiert, das Grundrecht auf freie Berufswahl verlieren. Die Jugend, unsere Kinder sollen alle gemustert und je nach Bedarf in den Krieg gejagt werden, als Kanonenfutter der Reichen. Der zuständige Generalleutnant der Bundeswehr für diesen Operations-Kriegs-Plan sagt zur Aktualität dieses Plans: „Wir sind

nicht im Krieg, formaljuristisch, aber wir befinden uns auch schon lange nicht mehr im Frieden.“ Soll heißen; formaljuristisch ist die Entrechtung aller Arbeiter und Werkstätiger noch nicht scharf geschaltet, aber sie kommt.

Die Entrechtung meines Kollegen, der neben mir am Band steht, die ich heute dulde, wird morgen mich treffen. Seine Kündigung, die ich heute hinnehme, wird morgen meine sein. Viele wissen das, aber handeln nicht danach. Das ändert sich gerade, siehe oben.



Tarifrunde: Keinen Cent für ihre Kriegskasse!

Ach ja, wiederum Tarifrunde dieses Jahr ... Trillerpfeife ins Gesicht, kurz vor's Tor gestellt, markige Reden und dann ein Abschluss nach „langen, zähen Verhandlungen“, mit dem wir sollen leben können? So wie letzte Tarifrunde 2022: im Durchschnitt 4,2% Lohnerhöhung bei weit über 20% Teuerung bei den Lebensmitteln. Ganz zu schweigen von den Mieten, den Heizkosten, dem Spritpreis.

Nein, in der andauernden Krise, in Zeiten von Entlassungen und Krieg, bei weltweit Milliarden von Menschen ohne Arbeit, verliert Deine Arbeitskraft, so sehr Du Dich auch abstrampelst, an Wert. Bis dahin, dass Hunderttausende von Arbeitern gezwungen werden, sich unter dem Kommando der Sklavenhändler an Daimler & Co. verhöckern zu lassen. Um die Kriegskassen zu füllen, nehmen sie Dir nicht nur die Butter vom Brot, sie nehmen Dir jegliches Arbeiterrecht. Sie nehmen dem Rentner die Rente, die ohnehin schon kaum zum Leben reicht, Deinen Kindern stehlen sie die Zukunft und bieten ihnen stattdessen an, auf dem „Schlachtfeld der Ehre“ zu krepieren. Also Schluss mit den gewohnten Tarif-Spielchen, unser Leben ist nicht verhandelbar und lässt sich nicht gegen ein paar lausige Prozente aufwiegen. Wir brauchen keinen Tarifvertrag, der uns wieder für 2 Jahre an ihre „Friedenspflicht“ fesselt, während sie gegen uns den Krieg führen! Es geht nicht nur um einen „gerechten Anteil vom Kuchen“ - es geht um die ganze Bäckerei. Wir sind keine Bettler, die sich mit ein paar Cent abspeisen lassen und auch das letzte Hemd noch hergeben, um weiter in

der Lohnarbeit ausgebeutet zu werden. Wir sind Arbeiter. Wir sind eine Klasse, egal ob Leiharbeiter, egal welcher Pass. Der Krieg der Kapitalisten braucht die Spaltung unserer Klasse. Wir brauchen, um leben zu können, die Einheit unserer Klasse.

Woher kommen die Tarifverträge?

Auf der einen Seite mussten die Arbeiter schon vor über 160 Jahren erkennen, dass sie als Individuum gegenüber dem Kapitalisten keinen Schritt weiter kamen, wenn es um den für das Überleben notwendigen Lohn ging. Also schlossen sie sich in Gewerkschaften zusammen, um ihre Macht als Klasse in die Waagschale zu werfen gegen den Herr-im-Hause-Standpunkt der Kapitalisten.

Es war die Revolution der Arbeiter, die nach dem 1. Weltkrieg nicht nur den Kaiser verjagte, sondern auch den Völkermord beendete. Das ins Wanken geratene Kapital und seine Regierung brauchte einen Bündnispartner, um die Arbeiter im Zaum zu halten. Denn die wollten mehr, als nur einen „fairen Lohn“: Sie wollten die Fabriken und das ganze Land in ihre eigene Hand nehmen.

Der plötzlich so sehr willkommene Bündnispartner für die Kapitalisten waren die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften, die die Sache der Arbeiter längst verraten hatten. Sie halfen willfährig mit, die revolutionären Arbeiterräte zu entwaffnen und die Revolution blutig nieder zu schlagen. Sie legten die Arbeiterklasse mit Hilfe eben jener Gewerkschaftsführer wieder in Ketten, indem sie jegliche Auseinandersetzung, jeglichen Streik um den Lohn durch eine „Schlichtungsordnung“

mit 278 Paragrafen, sowie durch eine „Friedenspflicht“ unmöglich zu machen versuchten. Die heilige Kuh der Gewerkschaften auch heute noch ist der Tarifvertrag, auf „Augenhöhe“ mit den Kapitalisten in irgendwelchen Hinterzimmern ausgehandelt. Diese heilige Kuh haben Regierung und Kapital in der Vergangenheit dann mehrmals geschlachtet durch sogenannte Zwangsschlichtungen und Notverordnungen, als es vor dem 2. Weltkrieg um die Senkung von Löhnen, Renten und anderen Sozialleistungen ging - um die Kriegskassen zu füllen.

Widerstand tut Not, der Dich, Arbeiter, aus dem Krieg bringt!

Wenn wir es dabei belassen, nicht gegen den Krieg zu kämpfen und uns mit ein paar Cent abspeisen lassen, dann wird uns das gehörig auf die Füße fallen: Denn der Krieg frisst nicht nur unseren Lohn, unseren Job, unsere Renten und unsere Kinder, er vernichtet jegliches Leben auf diesem Planeten. Widerstand ist Pflicht! Er beginnt im Betrieb, jetzt und heute. Schluss mit der Spaltung unserer Klasse! Übernahme aller Leiharbeiter, statt willkürliches Heuern und Feuern! Wir dulden keinerlei Rassismus in unseren Reihen! Widerstand gegen Lohn- und Rentenraub. Widerstand dagegen, dass Betriebe, Schulen und Universitäten zu Kasernenhöfen gemacht werden! Allein unser geschlossener Kampf stellt die Einheit unserer Klasse gegen die Kasse der Kapitalisten her und macht uns so unbesiegbar als Teil einer weltweiten Anti-Kriegs-Front.

„Ich hab ja nur noch vier Monate ...“

Kollegen, diese Antwort haben wir bereits seit Jahren immer wieder gehört. Und dann kam im Anschluss: „Ihr Jungen müsst es machen.“

Aber Kollege, bist du sicher, dass das alles ist? Deine Rente wurden gerade in Aktien verwandelt und sollen an der Börse verzockt werden. Das Krankheitsministerium hat inzwischen so viele Betten aus den Krankenhäusern abgebaut, dass jetzt die Bundeswehr widersprechen muss, denn sie sieht die Versorgung der Kriegsverletzten (!) gefährdet. Wer noch im arbeitsfähigen Alter ist, dessen

Arbeitskraft soll gerade so weit wiederhergestellt werden, dass er wieder zurück ans Band kann. Die Liste dessen was wir an Werten erarbeitet haben und was uns zum Leben wiederum vorenthalten wird, ist endlos. Das Geld geht in die Kassen der Milliardäre und v.a. in die Kriegskassen:

„Kanonen und Butter? Das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ (Clemens Fuest, Präsident des Münchner „ifo Institut“). [Fortsetzung, nächste Seite]



Der Gegenbeweis: Die Aktion der A-Schicht der Halle 9 gegen die Entlassung von 42 Kollegen mit Leihvertrag am Donnerstag, den 6.6.24. Arbeiter aller Altersgruppen standen beieinander und übergaben dem Vorstand ihre Forderungen. Organisiert von den Vertrauens-

leuten der Halle 9. Die jüngeren unter uns konnten lernen, dass und wie so etwas geht. Und die Kollegen kurz vor der Rente? Aus „Das geht mich nix mehr an“, wurde: „Ich hab ja nur noch vier Monate – also ist mir egal was der Meister sagt. Die können mir nix mehr. Natürlich komme ich mit!“ Und wir gingen raus. Und plötzlich ist da kein von Alter und schwerer Arbeit gebeugter Rücken mehr, sondern ein aufrecht getragener Kopf auf den Schultern, egal wie alt wir sind. Tatsache ist, dass wir gemeinsam einfach viel mehr können.

Brief von einem Lehrer an Euch:

Sie haben Kinder?
 Sie lieben Ihre Kinder?
 Dann passen Sie gut auf Ihre Kinder auf.
 Denn dem Leben Ihrer Kinder droht Unheil.
 Der Staat sucht Kanonenfutter.
 Und dafür braucht er das Leben Ihrer Kinder.
 Der Kriegsminister Pistorius schickt seine olivgrünen Menschenfänger über´s Land und lockt in Schulen junge Menschen mit der ewig alten Lüge:
 Die Freiheit des Vaterlandes sei in Gefahr!
 Dass er bereit ist über Leichen zu gehen für die Profitgier der Rüstungswirtschaft - das sagt er natürlich nicht.
 Das müssen Sie Ihren Kindern sagen, wenn Sie ihre Kinder lieben.
 Stellen Sie sich vor Ihre Kinder,
 Machen Sie Ihre Kinder stark,
 damit sie NEIN sagen zum nächsten Krieg.
 Früher sagte man:
 Es ist süß, für´s Vaterland zu sterben.
 Nein, es ist nicht süß, es ist das Schlimmste, was Eltern passieren kann,
 wenn ihre Kinder vor ihnen sterben!!
 Der alte Friedenskanzler Willy Brandt sagte:
 Nicht die Bundeswehr ist die Schule der Nation.
 Nein, die Schule der Nation ist - die Schule!
 Wir ergänzen das und sagen:
 Die Bundeswehr hat an Schulen nichts verloren.
 Die Schule ist der Ort, wo für das Leben gelernt wird,
 nicht für das Sterben!
Bundeswehr - raus aus den Schulen!

(ehemaliger Lehrer an einer Grundschule in Hamburg. Mitglied der GEW)

Militaristen raus aus den Betrieben!

Stell Dir vor, Du kommst morgens in den Betrieb, vor dem Tor stehen Panzerwagen und Olivgrüne, die Dich einer scharfen Kontrolle unterziehen. Überall Soldaten in Kampfuniform, die hektisch durch´s Gelände rennen und rumballern. Ein Film, der gerade gedreht wird? Nein, der „Heimatschutz“ bestehend aus Reservisten und solchen, die unbedingt unter der Regie der Bundeswehrmacht den Krieg proben wollen, übt den „Schutz der kritischen Infrastruktur“. Vor einigen Wochen in einer Schule in Niedersachsen, ab 12. September in Bremerhaven, wo in einer Übung („Fishtown Guard 2024“) in der Stadt herum geschossen werden wird – noch mit Platzpatronen – und im Hafen, wo die Hafenanlagen vor „Störern“ und Terroristen geschützt werden sollen. Mit Störern und Terroristen sind zum Beispiel streikende Hafen-Arbeiter gemeint, die sich weigern, Kriegsgerät zu ent- oder beladen.

Die Arbeiterfeinde in Olivgrün kommen neuerdings nicht nur von außerhalb der Betriebe. Jetzt, wo das ganze Land kriegstüchtig gemacht wird, wollen die Kriegstreiber in den Konzernetagen und in der Regierung bewaffnete Einheiten in den Betrieben aufbauen, also mitten unter uns. Allein in Bremen und Bremerhaven sollen es bis zu 150 „Heimatschützer“ sein, die von den Daimlers & Co. von der Arbeit freigestellt werden, um den Krieg gegen Dich, Arbeiter, zu proben. Also aufgepasst: Sorgen wir dafür, dass die Militaristen im Betrieb keinen Fuß auf den Boden kriegen!

ANTIKRIEGSPROTEST

»Sie sind nicht so allmächtig, wie sie vorgeben«

Besetzung und Antikriegsprotest bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ein Gespräch mit Heinz Klee

Interview: Gitta Düperthal

Heinz Klee ist Mitglied des »Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD« und in der Delegiertenversammlung der IG Metall in Frankfurt am Main

Am Donnerstag haben der »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD«, die FDJ und die »Revolutionäre Front Frankfurt« das Foyer der Frankfurter Allgemeinen Zeitung besetzt, sangen dort etwa zwei Stunden lang Brecht-Songs und forderten die Herausgeber auf, ihren Aufruf »Krieg dem Krieg« abzudrucken, ehe die Polizei räumte. Was war Anlass der Besetzung?

Zur Lage, in der wir das Zeitungshaus besetzt haben: Der deutsche Imperialismus führt Krieg, auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Das führt zum Mord an Arbeiterinnen und Arbeitern in der Ukraine als auch in Russland. Ziel ist, die Ukraine als Aufmarschgebiet gegen Russland zu okkupieren. Wenn wir ihnen nicht in den Arm fallen, führt das direkt in den dritten Weltkrieg. Weltweit versuchen sowohl westliche Imperialisten als auch Oligarchen der Ukraine oder Russlands durch Morden ihre Niedergangszeit zu verlängern, bevor die sozialistische Revolution dem ein Ende bereitet. Die Kriegshetze hierzu betreiben sie mit ihren Medien, vorweg die Gazette des Finanzkapitals FAZ.

Ihr Protest galt unter anderem dem reaktionären Schriftsteller und FAZ-Redakteur Simon Strauß, der Anwerbung von Minderjährigen durch die Bundeswehr und neue Kriegstüchtigkeit preist, etwa mit dem Text »Gibt es Söhne ohne Eltern?«.

Dieser Artikel war aus unserer Sicht nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die FAZ publiziert ständig Kriegshetze. Ob so wie in dem Text, der die Phase des Pazifismus für beendet erklärt, versehen mit der Aufforderung, dass nun Eltern ihre Kinder in den Krieg schicken müssen, oder mit einem anderen, der einfordert, die Okkupation Litauens mit dem Einsatz der Bundeswehr an der NATO-Ostflanke zu verstärken. Diese Zeitung muss enteignet werden. Der SDS hat mit seiner »Enteignet Springer!«-Kampagne in den 1960er Jahren damit begonnen, wir führen es fort. Unsere Besetzung war nur ein erster Schritt.

Einer der vier FAZ-Herausgeber, Carsten Knop, lehnte es ab, Ihren Aufruf gegen den Krieg abzudrucken. Er berief sich auf die Pressefreiheit, erstattete Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs. Warum aber ließ er Sie so lange gewähren?

Das zeigt offensichtlich die Schwäche des Kriegskapitals als auch der Kriegshetzer in den Gazetten. Sie sind nicht so allmächtig, wie sie vorgeben. Die FAZ wollte partout nicht in der Öffentlichkeit damit stehen, mit staatlicher Gewalt diejenigen abzuräumen, die für den Frieden eintreten. Deshalb dauerte unsere Besetzung zwei Stunden lang, bis Knop Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs stellte und die Polizei räumte. Der Einsatzleiter teilte mit, dass uns zudem Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt drohe.

Als Reporterin von junge Welt wollte mich einer der Polizisten am Verlassen des Gebäudes hindern. Als ich meinen Presseausweis zeigte, sagte er: »Sie sind auch eine von denen« und fotografierte den Ausweis mit seinem Handy. Angesichts von rechten Frankfurter Polizeichats keine angenehme Vorstellung.

Soviel zur behaupteten Pressefreiheit! Sie gilt eben nicht für jede Presse, alles eine Klassenfrage.

Es war gegen Feierabend, Redakteure gingen ein und aus. Welche Reaktionen gab es?

Viele gingen wie mit Scheuklappen an uns vorbei. Aber erfährt unser Widerstand Öffentlichkeit, wird bewusst: Man kann und man muss sich gegen diese Kriegshetze wehren. Deshalb gingen wir auch nicht freiwillig, sondern haben uns räumen lassen. Zu den von uns verteilten Flugschriften vor dem Gebäude sagte eine Frau: Es wird Zeit, dass dieser verfluchten FAZ etwas entgegengesetzt wird.

Auf Nachfrage, warum in Artikeln der FAZ die Bundeswehr gehypt werde, äußerte Herausgeber Knop, das seien »meinungsäußernde Formate« in der FAZ.

Gäbe es tatsächlich »meinungsäußernde« Formate, hätte er unseren Aufruf »Krieg dem Krieg« abdrucken können. Das hat er abgelehnt. Die Freiheit, für den Krieg zu hetzen, das verstehen sie dort unter Pressefreiheit – wir aber nicht: keine Freiheit den Reaktionären und Kriegstreibern!

(vom 7.6.24)

„Kriegsgegner“ besetzen FAZ

Friedlicher Protest im Verlagsgebäude

Eine Gruppe von „Kriegsgegnern“ hat am Donnerstag nachmittag das Verlagsgebäude der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) im Frankfurter Europaviertel besetzt. Sie forderte die Chefredaktion des Hauses auf, einen Aufruf „Krieg dem Krieg!“ abzudrucken und „die Kriegshetze für den deutschen Krieg und den nächsten Völkermord“ einzustellen.

Die Gruppe hielt sich für etwa drei Stunden im Foyer des Gebäudes auf. Nach Angaben der Polizei verlief der Protest friedlich, niemand sei verletzt worden. Auch Sachbeschädigungen habe es keine gegeben, teilte ein Polizeisprecher am Abend auf Anfrage mit. Die zehn Personen hätten das Haus gegen 18.30 Uhr verlassen.

In einer Mitteilung, die an mehrere Medienhäuser geschickt wurde, wird der FAZ „Kriegstreiberi“ vorgeworfen. Die Zeitung sei „Handlanger für Mord und Vernichtung“, heißt es dort.

Man habe die Identität der Personen festgestellt und ihnen Platzverweise erteilt, sagte der Polizeisprecher. Der Zugang zum Gebäude wurde abgeschlossen.

Ein Flugblatt gegen „Kriegshetze“, das der Pressemitteilung angehängt war, nennt als Verantwortliche für dessen Inhalt den Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD Ortsgruppe Frankfurt, die Freie Deutsche Jugend Gruppe Frankfurt sowie die Revolutionäre Arbeitergruppe Frankfurt. pgh



Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD - Ortsgruppe Bremen

Posener Str. 55, 28237 Bremen, Mail: OG-Bremen@Arbeiterbund.de, Tel.: 0176 - 76 79 17 89